



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz

Die Ministerin

MSGIV | Postfach 60 11 63 | 14411 Potsdam

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
Amtdirektorinnen und Amtdirektoren
im Land Brandenburg

Nachrichtlich:

Städte- und Gemeindebund Brandenburg

- ausschließlich per E-Mail -

Henning-von-Tresckow-Str. 2 - 13
14467 Potsdam

Telefon: +49 331 866-5235

Fax: +49 331 866-5209

Internet: www.msgiv.brandenburg.de

Bus und Tram: Haltestelle Alter Markt/Landtag
Bahn und S-Bahn: Potsdam Hauptbahnhof

Potsdam, 18. Januar 2023

**Pakt für Pflege - Verlängerung der Geltungsdauer der Richtlinie des MSGIV
des Landes Brandenburg zur Förderung von Maßnahmen kommunaler
Pflegepolitik - „Pflege vor Ort“ bis 31. Dezember 2024**

Anlage

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
sehr geehrte Amtdirektorinnen und Amtdirektoren,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Geltungsdauer der Richtlinie „Pflege vor Ort“ nunmehr bis Ende 2024 verlängert wurde. Der Erlass zur Zweiten Änderung der Richtlinie wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 1 vom 11. Januar 2023 veröffentlicht und trat am 12. Januar 2023 in Kraft. Zu Ihrer Information erhalten Sie anliegend den Erlass.

Nachdem der Landeshaushalt 2023/2024 im Dezember 2022 beschlossen wurde, konnte nunmehr die Förderung von Maßnahmen zur „Pflege vor Ort“ verstetigt werden.

Sie können ab sofort neue Förderanträge - auch für das Jahr 2024 - beim Landesamt für Soziales und Versorgung, Dezernat 52, Lipezker Str. 45 in 03048 Cottbus einreichen.

Es ist sehr erfreulich, dass sich bereits über 70 % aller Ämter, Verbandsgemeinden, mitverwaltenden und mitverwalteten Gemeinden sowie amtsfreien Städte und Gemeinden und fast alle Landkreise bzw. kreisfreien Städte aktiv an dem Landesprogramm beteiligen und mit den bereitstehenden Fördermitteln Maßnahmen kommunaler Pflegepolitik auf den Weg gebracht haben. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen aufgrund der Corona-Pandemie und infolge



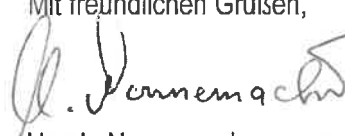
Zertifikat seit 2006
audit berufundfamilie

des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist dies ein großer gemeinsamer Erfolg.

Im Rahmen der Pflege vor Ort-Tour im letzten Jahr, bei der ich alle Landkreise und kreisfreien Städte besucht habe, konnte ich mir persönlich ein Bild von der Vielfalt der geförderten Projekte und dem großen Engagement in den Kommunen machen. Für dieses Engagement danke ich Ihnen und allen Beteiligten vor Ort.

Ich hoffe, dass Sie mit der Verlängerung des Förderzeitraums der Richtlinie „Pflege vor Ort“ nun eine gute Grundlage haben, um weitere Aktivitäten im Vor- und Umfeld von Pflege in Ihrer Kommune umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,



Ursula Nonnemacher

Ursula Nonnemacher

**Außerkräfttreten der Erlasse
für Auszahlungen im Lastschriftverkehr
sowie zur Zulassung Allgemeiner Auszahlungs-
anordnungen für Lastschriftverfahren**

Bekanntmachung
des Ministeriums der Finanzen und für Europa
Vom 14. November 2022

Die Erlasse „Auszahlungen im Lastschriftverkehr“ vom 1. Juli 1994 (ABl. S. 1122) sowie „Allgemeine Zahlungsanordnungen im Lastschrifteinzugsverkehr“ vom 24. September 1997 (ABl. S. 887) sind durch das Aufhebungsschreiben des Ministeriums der Finanzen und für Europa vom 14. November 2022 (im Amtsblatt nicht veröffentlicht) mit Wirkung vom 14. November 2022 außer Kraft getreten.

**Zweite Änderung der Richtlinie
des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
zur Förderung von Maßnahmen kommunaler
Pflegepolitik - Pflege vor Ort**

Erlass des Ministeriums für Soziales,
Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz
Vom 23. Dezember 2022

I.

Die Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Förderung von Maßnahmen kommunaler Pflegepolitik - Pflege vor Ort vom 17. März 2021 (ABl. S. 350), die durch den Erlass vom 28. März 2022 (ABl. S. 446) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 6.1 wird die Angabe „31. Dezember 2023“ durch die Angabe „31. Dezember 2024“ ersetzt.
2. In Nummer 8 wird die Angabe „31. Dezember 2022“ durch die Angabe „31. Dezember 2024“ ersetzt.

II.

Dieser Erlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg in Kraft.

**Errichtung und Betrieb von drei Windkraftanlagen
in 16244 Schorfheide und 16225 Eberswalde**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 10. Januar 2023

Die Firma Regenerative Energiewandlung Grimme GmbH & Co. KG, Grimme 10 in 17326 Brüssow beantragt die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf den Grundstücken in 16244 Schorfheide in der Gemarkung Lichterfelde, Flur 3, Flurstücke 132 und 220 und in 16225 Eberswalde in der Gemarkung Eberswalde, Flur 4, Flurstück 225 drei Windkraftanlagen zu errichten und zu betreiben (Az.: G03720).

Für das Vorhaben besteht die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Das Vorhaben umfasst im Wesentlichen die Errichtung und den Betrieb von drei Windkraftanlagen des Typs Vestas V162 mit einem Rotordurchmesser von 162 m, einer Nabenhöhe von 166 m und einer Gesamthöhe von 247 m über Grund. Die Nennleistung beträgt jeweils 5,6 MW. Zu jeder Windkraftanlage gehören Fundament, Zuwegung und Kranstellfläche.

Es handelt sich dabei um Anlagen der Nummer 1.6.2 V des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um ein Vorhaben nach Nummer 1.6.2 V der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Die Inbetriebnahme der Anlage ist im Oktober 2023 vorgesehen.

Auslegung

Die Auslegung des Genehmigungsantrags und der dazugehörigen erforderlichen Unterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, wird gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG) durch eine Veröffentlichung dieser Unterlagen im Internet ersetzt.

Der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen erforderlichen Unterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde zum Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, sind **einen Monat vom 18. Januar 2023 bis einschließlich 17. Februar 2023** über das länderübergreifende zentrale UVP-Internetportal unter <https://www.uvp-verbund.de/> jederzeit und für jedermann einsehbar.

Als zusätzliches Informationsangebot im Sinne von § 3 Absatz 2 Satz 1 PlanSiG werden der Genehmigungsantrag und die dazugehörigen erforderlichen Unterlagen sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Behörde im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, zeitgleich im Landesamt

